

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Friedensfreundinnen und -freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mit einer persönlichen Geschichte beginnen:

Vor 57 Jahren – 1960 – musste ich als kleiner Junge in Gießen miterleben, dass eine geplante große Gedenkveranstaltung zum 15. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki kurzfristig abgesagt wurde. Nach meinen Informationen hatte die SPD in Folge der Godesberger Beschlüsse – zur Wiederbewaffnung und zur sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie - ihre Unterstützung zurückgezogen.

Für mich war das schon als Kind absolut nicht nachvollziehbar. Kannte ich doch viele der absolut schrecklichen Bilder von Hiroshima und Nagasaki. Wusste ich doch schon damals, dass wir alles tun müssen, damit sich so etwas nie mehr wiederholt.

Inzwischen sind selbst die verheerenden Folgen der damals betriebenen Verharmlosung von atomarer Energie zur sogenannten zivilen Nutzung nicht mehr hinwegzureden.

Atomenergie tötet massenhaft – Atomwaffen sind weltweit zu ächten -

Und ich füge hinzu: Krieg löst keine Probleme!!!

Dauerhaft friedenssichernd und humanitär ist nur eine Politik der Überwindung von Armut, Unterentwicklung und Umweltzerstörung und damit für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Friedenssichernd ist nur eine Politik der Abrüstung, eine Politik der weltweiten Ächtung von Atomwaffen.

72 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs stellen wir uns auf diesem Hintergrund weiterhin mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften der inhaltenden Politik bezogen auf ein atomwaffenfreies Deutschland und der schleichenden Re-Militarisierung der deutschen Politik nach Innen und nach Außen entgegen. Es gilt, die verlogene Propaganda von angeblicher „Friedenssicherung“ oder gar von „humanitärer Intervention“ durch das Militär und der vermeintlichen „Abschreckung durch atomare Bewaffnung“ immer wieder zu entlarven.

Es gilt daher mit allem Nachdruck (entsprechend Bundestagsbeschluss) unter anderem den Abzug - und ich meine auch die Vernichtung - der Atomwaffen von Büchel durchzusetzen. Dabei ist es ein großer Hoffnungsschimmer für die Menschheit, dass im September bei der UN Generalversammlung die völkerrechtlich verbindliche Ächtung von Atomwaffen in die Wege geleitet werden wird. Die Bundesregierung ist nachdrücklich gefordert, entsprechend dem Willen einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, den Verbotsvertrag zu unterzeichnen.

Aber, wer den Ungeist militärischen Denkens durchbrechen will, muss auch die Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Produktion ziviler Güter wieder verstärkt auf die Tagesordnung setzen. Rüstungsexportpolitik, als unabdingbarer Bestandteil von nationaler Rüstungsproduktion, und die Politik der Durchsetzung von Interessen mit militärischen Mitteln sind zwei Seiten derselben Medaille.

Notleidende von Krieg sind weltweit in allererster Linie immer wieder die abhängig Beschäftigten und ihre Familienangehörigen.

Ich fordere deshalb die Verantwortlichen des DGB auf, die Frage der Rüstungskonversion wieder verstärkt auf die Tagesordnung zu setzen. Hatte der letzte DGB-Vorsitzende Michael Sommer noch Ende 2014 auf einer DGB-Tagung zur Rüstungskonversion eine Fortsetzung der Diskussion zugesichert, wurde die Debatte unter dem neuen Vorsitzenden nicht weiter geführt. Die Erklärungen des DGB zum Antikriegstag der letzten Jahre enthalten nichts zur Frage der massenhaften Waffenproduktion in und des massenhaften Waffenexports aus Deutschland.

Dabei ist eine Umwandlung der Rüstungsproduktion in zivile, gesellschaftlich wertvolle Produkte unter Einbezug der Interessen der dort Beschäftigten machbar. Sie muss in einem länger angelegten Prozess verwirklicht werden und die ökonomische Stabilität der Betriebe berücksichtigen.

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Friedensfreundinnen und -freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Für uns als GEW, als die GEWerkenschaft der Pädagoginnen und Pädagogen ist und bleibt es eine unserer zentralen Aufgaben in diesem Sinne aufklärend zu arbeiten.

Wir wollen gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen die Militärs und ihrer Helfershelfer in ihre Schranken verweisen, wenn sie immer wieder versuchen, ihre Propaganda auch noch in die Schulen zu tragen.

Keine Militarisierung von Schule und Unterricht!

Spätestens seit der Umstrukturierung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer Armee im Einsatz, seit deutsche Soldatinnen und Soldaten an vielen Stellen der Welt agieren, töten und getötet werden, geht es dabei um mehr.

Da die Akzeptanz der Bevölkerung für diese Einsätze gering ist, versucht die Bundeswehr zunehmend bereits bei Jugendlichen propagandistisch gegenzusteuern. Dabei wollen sie im direkten Kontakt mit den Jugendlichen auch ihren Nachwuchsmangel bekämpfen und die Rekrutierung für die Kriegseinsätze verbessern.

Dem dienen auch die mit Kultusministerien – auch dem hessischen – abgeschlossenen Kooperationsvereinbarungen.

Als GEW wenden wir uns entschieden gegen den darin festgelegten zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte.

Genauso entschieden lehnen wir die Anwerbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab.

Die Schule darf kein Ort für die Rekrutierung von Berufssoldatinnen und –soldaten sein!

Soldat sein ist kein „normaler“ Beruf ist. Er ist verbunden mit dem Verzicht auf wesentliche Grundrechte, die freie Meinungs- und Willensbildung wird beschränkt, Gehorsamsverweigerung kann strafrechtlich verfolgt werden. Schließlich muss der Soldat damit leben, andere Menschen gegebenenfalls außerhalb von Notwehr- oder Nothilfesituationen zu töten oder selbst getötet zu werden.

Deshalb gehört solche Anwerbung weder in den Unterricht noch in den Rahmen von Ausbildungsmessen, die zunehmend an Schulen durchgeführt werden.

Und zum Schluss: Universitäten dürfen kein Ort für militärische Forschung sein!

Deshalb unterstützen wir auch die Zivilklauselbewegung mit der Forderung, dass Wissenschaft und Forschung an den Hochschulen nur zivilen Zwecken dienen dürfen.

Vielen Dank

Jochen Nagel (6. August 2017)